

Kommunal-Newsletter der AG Kommunalpolitik

Nr. 20 – 22. März 2007

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit dem Kommunal-Newsletter der AG Kommunalpolitik der Fraktion DIE LINKE. übermitteln wir Euch aktuelle Informationen zu verschiedenen kommunal relevanten Themen aus EU, Bund, Ländern und Kommunen. Wie immer nehmen wir sehr gern weiterführende Hinweise oder Verbesserungen zur Gestaltung des Kommunal-Newsletters entgegen. Um möglichst Viele zu erreichen, wären wir Euch auch dankbar, wenn ihr den Kommunal-Newsletter weiter verschicken oder empfehlen würdet. Bereits erscheinende Ausgaben können bei uns angefordert werden.

Mit freundlichen Grüßen
Katrin Kunert (MdB), Petra Brangsch und Manfred Klaus

D i e I n h a l t e

- 1. Parlamentarische Initiativen**
- 2. Themen**
 - 2.1. Demokratie**
 - 2.2. Demografischer Wandel**
 - 2.3. Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung**
 - 2.4. Verkehr**
 - 2.5. Arbeit, Soziales und Gesundheit**
- 3. Veranstaltungen**
- 4. Veröffentlichungen**
- 5. Kontakte**

1. P a r l a m e n t a r i s c h e I n i t i a t i v e n

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zum Investitionsrahmenplan für die Verkehrsinfrastruktur des Bundes

<http://dip.bundestag.de/btd/16/039/1603939.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu Betreuungssituation und Fallmanagement bei den Trägern der Grundsicherung

<http://dip.bundestag.de/btd/16/039/1603953.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu Kostenentwicklung und Änderungen im Bereich des Zweiten und Dritten Buches Sozialgesetzbuch

<http://dip.bundestag.de/btd/16/039/1603955.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu V-Leuten in der NPD

<http://dip.bundestag.de/btd/16/039/1603966.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zu Kommunalem Aufgabenübertragungsverbot und Weihnachtsbeihilfe

<http://dip.bundestag.de/btd/16/039/1603989.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes während Studium und Ausbildung

<http://dip.bundestag.de/btd/16/039/1603990.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu Finanzierung,

Versorgungsstrukturen und Versorgungsqualität im Krankenhausbereich nach Einführung der diagnose-bezogenen Fallpauschalen

<http://dip.bundestag.de/btd/16/039/1603991.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu Musikveranstaltungen der extremen Rechten im dritten Quartal 2006

<http://dip.bundestag.de/btd/16/039/1603993.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zur Transparenz der Bezüge von Vorstandsmitgliedern der kassenärztlichen Vereinigungen

<http://dip.bundestag.de/btd/16/039/1603999.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Förderung von Berufsrückkehrerinnen durch die Bundesagentur für Arbeit

<http://dip.bundestag.de/btd/16/040/1604001.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zur Einführung der Unterhaltspflicht von Eltern und Kindern bei Leistung von ALG II

<http://dip.bundestag.de/btd/16/040/1604002.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu Ausländerfeindlichen und rechtsextremistischen Ausschreitungen in der Bundesrepublik Deutschland im November 2006

<http://dip.bundestag.de/btd/16/040/1604003.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ausgleichsleistungen im Bereich der Schülerförderung

<http://dip.bundestag.de/btd/16/040/1604053.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zu Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung

<http://dip.bundestag.de/btd/16/041/1604131.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Zukunft der Dualen Systeme, insbesondere des DSD in der deutschen Abfallwirtschaft

<http://dip.bundestag.de/btd/16/041/1604135.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Linksfraktion zu Resultaten und gesellschaftlichen Auswirkungen der Hartz-Gesetze

<http://dip.bundestag.de/btd/16/042/1604210.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zur Förderung ehrenamtlichen Engagements

<http://dip.bundestag.de/btd/16/042/1604265.pdf>

Gesetzentwurf der Bundesregierung – Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Wirtschaftsplans des ERP-Sondervermögens für das Jahr 2007

<http://dip.bundestag.de/btd/16/043/1604376.pdf>

Gesetzentwurf der Bundesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Beschäftigungschancen älterer Menschen

<http://dip.bundestag.de/btd/16/043/1604371.pdf>

Gesetzentwurf der Bundesregierung – Entwurf eines RV-Altersgrenzenanpassungsgesetzes

<http://dip.bundestag.de/btd/16/043/1604372.pdf>

Entschließungsantrag der Linksfraktion zu der Abgabe einer Erklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat in Brüssel am 8./9. März 2007

<http://dip.bundestag.de/btd/16/044/1604442.pdf>

Antrag der Fraktion der FDP – Verbraucherinformationsrechte stärken – Neues Verbraucherschutzinformationsgesetz zügig vorlegen
<http://dip.bundestag.de/btd/16/044/1604447.pdf>

Antrag der Linksfraktion – Altersteilzeit fortentwickeln
<http://dip.bundestag.de/btd/16/045/1604552.pdf>

Antrag der Linksfraktion – Rente mit 67 – Berichtspflicht zum Arbeitsmarkt nicht verwässern – Bestandsprüfungsklausel konkretisieren
<http://dip.bundestag.de/btd/16/045/1604553.pdf>

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Wettbewerb auf den Energiemärkten stärken
<http://dip.bundestag.de/btd/16/045/1604557.pdf>

Antrag der Fraktion der SPD – Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt stärken
<http://dip.bundestag.de/btd/16/045/1604558.pdf>

Antrag der Fraktion der CDU/CSU und SPD – Schienenlärm ursächlich bekämpfen
<http://dip.bundestag.de/btd/16/045/1604562.pdf>

Antrag der Fraktion der CDU/CSU und SPD – Bericht über die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Deutschland
<http://dip.bundestag.de/btd/16/045/1604570.pdf>

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Individuell fördern und regional gestalten – Handlungsfreiheit der Arbeitsgemeinschaften stärken
<http://dip.bundestag.de/btd/16/046/1604612.pdf>

Gesetzentwurf der Bundesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der ERP-Wirtschaftsförderung
<http://dip.bundestag.de/btd/16/046/1604664.pdf>

Antrag der Linksfraktion – Freigabe der im Bundeshaushalt einbehaltenen Mittel der Arbeitsmarktpolitik für das Jahr 2007
http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7736824931_1604749.pdf

2. T h e m e n

2.1. Demokratie

Wahlalter 16

In Österreich sollen Jugendliche künftig schon mit 16 wählen und damit auch an den Nationalratswahlen teilnehmen dürfen. Die Initiative ist Teil einer groß angelegten Demokratiereform. Eine gute Idee – warum nicht auch für Deutschland?

<http://www.zeit.de/online/2007/12/wahlrecht-ab-16-kommentar>

Auch in Deutschland gibt es erneut die Debatte über die Absenkung des Wahlalters auf 16
<http://www.net-tribune.de/article/190307-213.php>

2.2. Demografischer Wandel

Hamburg - Ergebnisse des Leitprojektes "Demographie und Daseinsvorsorge"

Aufbauend auf die regionsweite, themenbezogene Diskussion und Sensibilisierung in der Workshopreihe 2005 bietet der Status quo-Bericht zur demographischen Situation in der gesamten Region Hamburg einen grundlegenden Überblick über die zukünftigen Trends in ausgewählten Handlungsfeldern. Darüber hinaus zeigt der Bericht relevante lokale Handlungsansätze in der Region auf und formuliert Handlungsempfehlungen.

<http://metropolregion.hamburg.de/artikel.do?ok=19257&teaserId=492682&cid=6523181>

2.3. Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung

Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt

Am 1. Januar 2007 hat Deutschland für sechs Monate die Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union (EU) übernommen. Im Rahmen dieser Präsidentschaft lädt Deutschland zu einem informellen Ministertreffen der für Stadt- und Raumentwicklung zuständigen Ministerinnen und Minister am 24. und 25. Mai 2007 nach Leipzig ein. Das politische Leitthema des informellen Ministertreffens lautet "Die europäische Stadt und ihre Region stärken - Wettbewerbsfähigkeit, sozialen und territorialen Zusammenhalt in den Städten und Regionen Europas entwickeln".

http://www.bmvbs.de/Anlage/original_989470/Leipzig-Charta-zur-nachhaltigen-europaeischen-Stadt-Entwurf-Maerz-2007.pdf

Territoriale Agenda der EU

Die Territoriale Agenda der EU als knappes politisches Papier hat zum Ziel, durch Empfehlungen für eine integrierte Raumentwicklungspolitik die Potenziale der Regionen und Städte Europas für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und mehr Beschäftigung zu mobilisieren. Weiterhin soll durch die bessere und innovative Nutzung der räumlichen Vielfalt die Wettbewerbsfähigkeit Europas in der Welt gestärkt werden. Den Bürgerinnen und Bürgern soll Europa näher gebracht, ihre Skepsis überwunden werden. Die Territoriale Agenda der EU soll ebenfalls am 24. und 25. Mai 2007 in Leipzig verabschiedet werden.

http://www.bmvbs.de/Anlage/original_988103/Territoriale-Agenda-der-EU.pdf

Integrierte Stadtentwicklung als Erfolgsbedingung einer nachhaltigen Stadt

Eine integrierte Stadtentwicklungspolitik trägt dazu bei, dass sich Lebenssituation und Entwicklungsbedingungen für Menschen, Betriebe und Umwelt gleichermaßen verbessern. Diese Strategie hat sich in zahlreichen Mitgliedstaaten bewährt. Damit ist vorrangig eine räumliche, sachliche und zeitliche Abstimmung verschiedener Fachpolitiken bei koordiniertem Mitteleinsatz auf der Basis eines "integrierten Stadtentwicklungskonzepts" gemeint. Dieses wird in Kooperation bzw. in Abstimmung mit allen städtischen Akteuren, vor allem aber auch mit der Bevölkerung, entwickelt.

http://www.bmvbs.de/Anlage/original_985907/Integrierte-Stadtentwicklung-als-Erfolgsbedingung-einer-nachhaltigen-Stadt.pdf

Integrierte Stadtentwicklung in den 27 Mitgliedsstaaten der EU

In der durch das Difu im Auftrage des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung erarbeiteten Studie wird dargestellt, inwieweit Ansätze einer integrierten gebietsbezogenen Entwicklung benachteiligter Stadtteile in den 27 EU-Mitgliedsstaaten realisiert werden.

http://www.bmvbs.de/Anlage/original_985908/Anhang-A-der-Studie-Integrierte-Stadtentwicklung-in-den-27-Mitgliedstaaten-der-EU.pdf

Aktive Bildungs- und Ausbildungspolitik für Kinder und Jugendliche in benachteiligten Stadtquartieren

Maßnahmen zur Verbesserung der lokalen Bildungs- bzw. Ausbildungssituation in Verbindung mit aktiver Kinder- und Jugendpolitik sollten daher Bestandteil eines integrierten, ressortübergreifenden Politikansatzes sein, wie er auch im "Europäischen Pakt für die Jugend" gefordert wird. Der Aufbau tragfähiger Partnerschaften zwischen der öffentlichen Hand, unabhängigen karitativen Einrichtungen, Schulen und Wirtschaft sind von besonderer Bedeutung.

Die bei SPI beauftragte Studie gibt eine Übersicht zum aktuellen Fachdiskurs E&C und den Berlin-Prozess sowie umfasst eine kommentierte Sammlung ausgewählter Projekte aus dem Berlin-Prozess.

http://www.bmvbs.de/Anlage/original_985902/Aktive-Bildungs-und-Ausbildungspolitik-fuer-Kinder-Jugendliche-in-benachteiligten-Stadtquartieren.pdf

2.4. Verkehr

Sozialverträglicher Stadtverkehr

Mobilität bedeutet Lebensqualität und ist oftmals eine grundlegende Voraussetzung, um den Bildungs- und Arbeitsalltag zu meistern. Daher sind sozialverträgliche, d.h. finanziell tragbare Verkehrsanbindungen und ein leistungsfähiges öffentliches Nahverkehrssystem besonders wichtig.

Damit verbessern sich Zugangschancen zum Arbeitsmarkt und die Einbindung der Quartiere in die Gesamtstadt. Zugleich muss die Verkehrsplanung darauf abzielen, negative Umweltauswirkungen des Verkehrs zu reduzieren und den Verkehr so zu gestalten, dass Stadtquartiere nicht baulich isoliert, sondern vielmehr miteinander verknüpft werden.

http://www.bmvbs.de/Anlage/original_985903/Good-Practice-Sammlung-Nachhaltiger-

[Stadtverkehr.pdf](#)

2.5. Arbeit, Soziales und Gesundheit

Kampagne gegen Kinderarmut

0 Cent für die Schule, 76 Cent für Spielzeug oder 40 Cent für den Kauf eines neuen Fahrrads – die monatlichen „Hartz IV – Leistungen“ für Kinder sind ein Skandal. Hartz IV macht Kinder arm. Mit der Kampagne „Reiches Land – Arme Kinder“ fordern wir daher dringend notwendige, zusätzliche Leistungen für Kinder in „Hartz IV“. Und wir wollen diese zusätzlichen Leistungen – zumindest beispielhaft in einzelnen Orten – auch tatsächlich durchsetzen!

http://www.erwerbslos.de/images/stories/dokumente/kampagnenseite/materialien/arbeitshilfe_schule.pdf

http://www.erwerbslos.de/images/stories/dokumente/kampagnenseite/materialien/flyer_bedarf_kinder.pdf

Lernmittelfond für Kinder von Hartz IV - Betroffenen

Die Emdener Ratsherren der Fraktion DIE LINKE. Wilfried Graf und Stephan Gerhard Koziolk, sind für die Einrichtung eines Lernmittelfonds, der durch die ARGE Emden verwaltet werden soll. In Emden sind ca. 1300 Kinder betroffen. Hartz IV Empfänger/innen können diese Kosten zur Beschaffung des nötigen Schulmaterials nicht finanzieren, da in den Regelsätzen für Schulbildung keinen Cent vorgesehen wurde. Des Weiteren wird das Kindergeld von Hartz IV betroffenen Kindern und Jugendlichen voll auf ihre Regelleistung angerechnet, und nicht wie bei einem „Verdienerhaushalt“ das Kindergeld zusätzlich zum Einkommen der Familie zur Verfügung steht.

http://www.die-linke-empden.de/index.php?option=com_content&task=view&id=29&Itemid=2

Urlaubsanspruch während Maßnahmen zur Eingliederung in Arbeit nach dem SGB II

Langzeitarbeitslose, die eine mehr als sechsmonatige berufliche Weiterbildung absolvieren, haben einen Urlaubsanspruch wie Arbeitnehmer. Die Anzahl der Tage richtet sich nach der im Bundesurlaubsgesetz geregelten Minderdauer von zwei Tagen je Monat.

<http://dip.bundestag.de/btd/16/045/1604525.pdf>

Zukunft der Bildungs- und Berufsberatung

Die Bundesregierung plant derzeit keine Veränderung der öffentlichen Berufsberatung. Das flächendeckende Angebot der Bundesagentur für Arbeit (BA) gewährleistet einen optimalen, qualitativ hochwertigen Zugang der Bevölkerung zu beruflichen Beratungsdienstleistungen.

<http://dip.bundestag.de/btd/16/044/1604462.pdf>

Länder müssen kommunalen Kliniken ausreichende Investitionsmittel zur Verfügung stellen

Der Deutsche Städtetag hat das Bekenntnis der Gesundheitsminister zur Sicherstellung der stationären Versorgung und zur Krankenhausplanung als staatliche Aufgabe begrüßt. Die Länder müssen aber auch ihrer gesetzlichen Verpflichtung nachkommen, den seit Jahren aufgelaufenen Investitionsstau in den Krankenhäusern abzubauen. Dafür müssen sie den städtischen Krankenhäusern endlich ausreichende Investitionsmittel zur Verfügung stellen“

<http://www.staedtetag.de/10/presseecke/pressediens/artikel/2007/03/14/00448/index.html>

3. V e r a n s t a l t u n g e n ¹

16.04.2007 - 17.04.2007

1. Zukunftskongress des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Veranstalter: DStGB, Lindauer Managementberatung

Ort: Bonn

Info: http://www.lindauermanagement.de/files/programm_1_zukunftskongress_daseinsvorsorge.pdf

¹ In dieser Rubrik werden nur Veranstaltungen aufgenommen, die noch nicht im Bundesweiten Veranstaltungskalender stehen und der unter

http://sozialisten.de/politik/kommunal/pdf/kommunalpolitische_termine_2007.pdf zu finden ist.

27. bis 29. April 2007

Zukunftswerkstatt der Bundestagsfraktion DIE LINKE. zur Reform des gesetzlichen Jugendarbeitsschutzes

Veranstalter: DIE LINKE. im Bundestag

Ort: DGB-Jugendbildungsstätte, Flecken-Zechlin (Brandenburg)

Info: <http://www.linksfraktion.de/nachricht.php?artikel=1487938660>

21. bis 22. Mai 2007

Beteiligungsmanagement und Beteiligungscontrolling

Ort: Hannover

Veranstalter: KGSt

Info: http://www.kgst.de/kgst/skripte/kgst_veranstaltungen/show_one.phtml?snr=3511-07

Achtung! Terminänderung!! für die Kommunalpolitische Konferenz der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag – Öffentliche Daseinsvorsorge braucht öffentliches Eigentum in Bremen: Die Konferenz muss um 14 Tage verschoben werden!! Sie findet nunmehr statt am 28. April 2007, 10.00 Uhr bis 17.00 Uhr

4. V e r ö f f e n t l i c h u n g e n

Die Welt als Stadt, die Stadt in der Welt – Globalisierung, Urbanisierung und internationale Politik

Im Vorfeld des von UN-Habitat ausgerichteten "World Urban Forum III" setzte sich das 13. Forum Globale Fragen am 6. und 7. April 2006 mit der Stadt als Resultat und Gestalter des globalen Wandels auseinander. 20 Panelisten gingen in vier Diskussionsveranstaltungen der Frage nach, wie sich die Urbanisierung auf die internationale Politik und die Rolle der Städte darin auswirkt. Die Dokumentation der Veranstaltung ist jetzt abrufbar unter:

<http://www.diplo.de/diplo/de/Aussenpolitik/GlobaleHerausforderungen/ForumGF/pdf/Forum13-WeltStadt.pdf>

Für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt

Landesprogramm gegen Rechtsextremismus

Das Landesprogramm versteht sich auch als Beitrag der Linkspartei, das „Netzwerk für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ zu stärken. Es benennt die kompromisslose Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus als primäre Aufgabe und soll helfen, die vielfältigen Aktivitäten der engagierten Bürgerinnen und Bürger zu koordinieren.

<http://www.linksfraktion-lsa.de/rex.pdf>

Carolin Schäfer-Sparenberg, Daniel Bongardt, Holger Dalkmann

Steuerung nachhaltiger Daseinsvorsorge im öffentlichen Nahverkehr. Politische Handlungsperspektiven

Das vorliegende Wuppertal Paper setzt sich mit der Frage der Verankerung von Daseinsvorsorge und Dienstleistungsqualität im ÖPNV auseinander. Im Mittelpunkt steht die Analyse von Gesetzestexten, ausgewählten Nahverkehrsplänen und Ausschreibungen.

http://www.wupperinst.org/uploads/tx_wibeitrag/WP161.pdf

5. K o n t a k t e

Katrin Kunert

Kommunal- und sportpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag
Tel.: 030 227 74488
Fax: 030 227 76489

Büro: Platz der Republik 1
11011 Berlin
Mail: katrin.kunert.@bundestag.de

Dr. Petra Brangsch

wiss. Mitarbeiterin der Bundestagsabgeordneten Katrin Kunert
Tel.: 030 227 74490
Fax: 030 227 76489
Funk: 0172 3124439

Büro: Platz der Republik 1
11011 Berlin
Mail: katrin.kunert.ma02@bundestag.de

Dr. Manfred Klaus

Referent für Regional- und Kommunalpolitik
Tel.: 030 227 55110
Fax: 030 227 56413

Büro: Platz der Republik 1
11011 Berlin
Mail: manfred.klaus@linksfraktion.de